

Streit um Zivilklausel am KIT

Umbach: Widerspruch zur Freiheit von Forschung und Lehre / Ethische Leitlinien verabschiedet

sew. Für Nadja Brachmann sind Universitäten ein Hort des Friedens. „Militärforschung hat hier nichts zu suchen“, sagt die 29-jährige Maschinenbaustudentin am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Mit einer Handvoll Mitstreiter kämpft sie für eine sogenannte Zivilklausel, die militärische Forschung untersagt. Doch dagegen wehrt sich KIT-Präsident Eberhard Umbach. „Eine solche Klausel steht im Widerspruch zur Freiheit von Forschung und Lehre, die im Grundgesetz Artikel 5 verankert ist. Und das nehme ich sehr ernst.“

Noch vor einem Jahr war Brachmann voller Zuversicht. Auf die christlich-liberale Koalition folgte Grün-Rot, wo Rüstungsfragen seit jeher kritisch gesehen werden. Im Wahlkampf hatte die Bildungsexpertin Theresia Bauer (Grüne) immer wieder eine Zivilklausel ins Spiel gebracht. Doch als Wissenschaftsministerin will sie von einer gesetzlichen Regelung jetzt nichts mehr wissen und stellt sich in eine Reihe mit den Bildungspolitikern der anderen Bundesländer.

Aus dem Ministerium heißt es, die Freiheit der Forschung stehe gegen ein Verbot. Der richtige Weg sei eine Selbstverpflichtung der Hochschulen. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Weil Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine informierte Entscheidungsmöglichkeit über ihre Beteiligung haben müssen, befürworten wir die notwendige Trans-

parenz bei Forschungsvorhaben mit militärischer Relevanz.“ Das lasse sich aber nicht gesetzlich verordnen, stellte das Ministerium klar.

Dass sich die Frage gerade am KIT entzündet, kommt nicht von ungefähr. Mit dem Zusammenschluss des Helmholtz-Forschungszentrums mit der Universität 2006 wird ein neues Gesetz notwendig. Das Forschungszentrum, 1956 zur Atomforschung gegründet, hatte eine Zivilklausel. „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke“, heißt es lapidar.

Diese Einschränkung sei damals notwendig und verständlich gewesen, sagt

Umbach, der nach eigenem Bekunden auch gegen die atomare Aufrüstung demonstriert hat. „Aber heute denken wir nicht im Entferntesten an Bombenbau, und wir hätten auch gar nicht die

technischen Möglichkeiten dazu.“ Aktuell müsse die Forschung auf ganz andere Problemfelder reagie-

ren. „Denken Sie nur an die Gentechnik.“

Eine Zivilklausel greift für ihn zu kurz. Der KIT-Senat hat deshalb ethische Leitlinien verabschiedet. Danach soll die Forschung neben dem Erkenntnisgewinn auch dem Schutz der Umwelt dienen sowie friedliche Zwecke verfolgen.

„Damit ist doch alles gesagt.“ Die wenigen Universitäten mit Zivilklauseln – nach Angaben von Brachmann sind es acht – gingen in ihren Formulierungen kaum weiter.

Zumal jede engere Festlegung enorme Fragen aufwerfe. Denn was genau ist Militärforschung? Macht sich ein Projekt schon verdächtig, wenn das Verteidigungsministerium als Auftraggeber auftritt? „Nehmen wir etwa ein Minensuchgerät – nutzt das eher der Bevölkerung oder den Soldaten?“, fragt Umbach. Und wie sieht es mit zivilen Forschungen aus, die sich für militärische Zwecke verwenden lassen? „Außerdem ist Forschung für die Bundeswehr auch im Grundgesetz abgesegnet“, sagt der KIT-Präsident.

„Wir müssen doch interessiert sein, dass unsere Soldaten im Auslandseinsatz die bestmögliche Ausrüstung bekommen.“

Wie schwierig eine klare Definition ist, weiß auch Lucas Wirl von der Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“. Entscheidend ist für den 32 Jahre alten Soziologen aus Berlin die Transparenz. Die Zivilklausel solle sicherstellen, dass Forscher offenlegen, woran sie gerade arbeiten. Studenten könnten oft nicht überblicken, zu welchem Zweck ihre Untersuchungen verwendet würden. „Immer wieder gibt es Fälle, bei denen Wehr- oder Kriegsdienstverweigerer plötzlich merken mussten, dass sie für ein Rüstungsprojekt gearbeitet haben.“

Klare Definition
ist schwierig



KÄMPFT mit einer Handvoll Mitstreiter für eine sogenannte Zivilklausel, die militärische Forschung untersagt: Nadja Brachmann, Maschinenbaustudentin am Karlsruher Institut für Technologie. Foto: dpa